



SPARMASSNAHMEN

Jammern auf hohem Niveau?



Ernst Scharbach

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Jahr hat so schlecht angefangen, wie das alte aufgehört hat. Eine Botschaft Hiobs jagt die nächste. Und es ist keine Änderung in Sicht. Die Verantwortlichen in Politik und die angeblich so weisen Wirtschaftsweisen bemühen sich redlich, uns unsere Unbescheidenheit vor Augen zu führen. Sie meinen fast unisono: „Ihr jammert auf zu hohem Niveau! Ihr müsst die Gürtel enger schnallen! Die künftigen Generationen verlangen Opfer von Euch! Seid endlich einsichtig, ordnet Euch der neuen Zeit unter!“

Das nennt man auf Neusprech wohl „Mainstream“. Die herrschende Meinung der Herrschenden, würde ich es nennen. Unsere Entgegnungen werden mit kurzer Handbewegung weggeschickt. Unsere Äußerungen werden kaum veröffentlicht. Wir stecken in Tretmühlen und zapeln hilflos vor uns hin. Und derweil bedeutet man uns, dass wir doch im Prinzip sehr schön anzusehende Tretmühlen hätten und führt die neue Farbe der Trittschufen vor.

NEIN! Es geht nicht darum auf hohem Niveau kunstvoll zu

jammern. Es geht um das wachsende Unbehagen der Menschen, die täglich arbeiten gehen und sich jeden Tag erneut fragen: „Bin ICH hier eigentlich der letzte Depp, der malocht und zum Dank von allen abgezockt wird?“ Die Menschen spüren die wachsende Ungerechtigkeit und Widersprüche unseres Systems, nicht nur des Wirtschaftssystems, des Subventions- und des Missbrauchs der Sozialsysteme. Viele können ihrem Unbehagen keinen rechten Ausdruck geben – aber viele spüren, dass vieles in Unordnung geraten ist.

„Wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun.“

Voltaire

„Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer!“ Wie oft haben wir diesen Spruch schon gehört? Haben ihn nicht viele von uns schon insgeheim akzeptiert als gottgewollte Bestimmung? Sind nicht viele von uns abgestumpft und werden nur deshalb plötzlich wach, weil es jetzt auch dem unteren Mittelstand an den Kragen geht?

Diese Stimmung, dass etwas anders werden müsse, schälte sich schon 1998 heraus. Wie viele Hoffnungen sind in diesen vier Jahren im Nichts zerstoßen? Bundes- und Landesregierung nennen uns ihre Schuldigen: Die Weltwirtschaft ächzt, die Energiepreise steigen, der Euro auch, zu viele Alte und zu wenig Junge in Deutschland und so fort. Alle sind schuld, nur halt die Politik nicht. Die Politiker haben sich in

ihren strukturkonservativen Gedankengebäuden selbst gefangen und finden den Ausgang nicht mehr. Sie sagen: „Seht her, die Welt ist halt, wie sie ist! Das Volk muss Opfer bringen!“ Solange die Politik in der schlichten Logik der Kapitalverwertung bleibt und sich der hemmungslosen Globalisierung willfährig unterwirft, werden die Politiker auch keine Lösungen finden. Außer natürlich: Die Armen müssen ärmer werden, damit die Reichen reicher werden können. Das Goldene Kalb unserer Zeit heißt: Wachstum!

Die Menschen spüren, dass hinter den Reden der Politik zunehmend Phrasen stehen. Der Mensch steht schon lange nicht mehr im Mittelpunkt. Er wurde zu einem unbequemen Kostenfaktor, den es möglichst zu eliminieren gilt. Menschen werden allenfalls noch als Konsumenten geduldet, die sich gefälligst den neuesten Trends der Werbeindustrie zu beugen haben. Was hat das noch mit unserem Grundgesetz zu tun? „Die Würde des Menschen ist unantastbar“? Wohl eher die Bürde! Und Artikel 14 Abs. 2 „Eigentum verpflichtet.“ wird nun endgültig ergänzt um „... zur Ausbeutung!“ Sozialpflichtigkeit des Eigentums? War da mal was?

Wie viele Affen müssen denn noch durchs Dorf getrieben werden? Es kommt doch nicht allein auf die Chimäre Wachstum an. Die Frage ist doch, WAS wächst? Das Wohl der Menschen muss doch Maßstab sein, nicht das naive Mehr an Bruttoinlandsprodukt (BIP). Qualität statt Quantität. Der Widersinn ist doch, dass jeder verhinderte Verkehrsunfall und jede verhütete Krankheit dem Wachstum abträglich ist, auch wenn es den beteiligten Menschen, die kein Leid ertragen mussten, so sicher lieber ist.

Wachstumstechnisch gesehen war die Flutkatastrophe ein Segen. Je mehr kaputt geht, umso mehr muss wieder aufgebaut werden. Wachstum, Wachstum über alles. Du zertrümmerst im Streit mit Deiner Frau die Einrichtung? Bravo: Wachstum! Du schlägst einen Ausländer krankenhauserreif? Bravo: Wachstum! So ähnlich muss es Galileo Galilei gegangen sein. Die Erde konnte keine Kugel sein, weil schon die Logik der Herrschenden Meinung sagte, dass man ja sonst runterfallen würde. Viele Politiker sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Alternative Konzepte werden seit Jahren verdrängt.

NEIN! Wir jammern nicht auf einem unerträglich hohen Niveau! Wir versuchen euch zu sagen, dass ihr auf dem falschen Trampelpfad seid. Und tut doch bitte nicht so, als wenn wir die uneinsichtigen Kinder wären, die eure Sparappelle nicht verstehen würden. Gebt doch eure Ratlosigkeit nicht auch noch als „Pragmatismus“ aus. Man kann es ja kaum mehr mit ansehen, wie ihr mit gesenktem Haupt aus bekümmerten Lippen hervorstoßt: „Ich muss die Realitäten anerkennen. Ich muss sparen.“

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Neues Auto?

Günstige
Konditionen beim

Polizeisozialwerk

Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31/9 60 09 20

Fortsetzung von Seite 1

Leider, wie die Dinge liegen, nun mal bei euch!“

Euer System des immer mehr, immer weiter, immer höher, immer schneller führt in die Irre.

Es gibt durchaus Wege aus dieser Krise. Sie werden vertreten von Politikern, die oft leider erst alt werden mussten, um zu sehen, was im Leben wirklich wichtig ist. Renten- und Krankenversicherung leiden nicht an überbordenden Ausgaben. So liegen z. B. die Ausgaben im Gesundheitswesen seit Jahrzehnten bei etwa 6% des BIP. Das Problem ist, dass man die Reichen und die Unternehmen aus der Solidarfinanzierung entlassen hat und ihnen zurzeit auch noch ein ums andere Mal die Steuern senkt.

REDAKTIONSSCHLUSS

für die März-Ausgabe
ist am Donnerstag,
6. Februar 2003.

Immer weniger Menschen müssen diese Systeme finanzieren. Und gerade die, die arbeiten gehen, finanzieren alle anderen mit.

Die GdP lehnt die Einführung der 2-Klassen-Medizin ab! Wir setzen uns für ein solidarisches, öffentlich getragenes und paritätisches Gesundheitssystem ein.

Dazu Attac: „Die geplante 25%ige Abgeltungsteuer auf Zinseinkünfte führt zu fast einer Halbierung der Steuerschuld für Gutsituierte. Zinsgewinne sollen in Zukunft generell niedriger besteuert werden als die große Mehrheit der Lohneinkommen. Mit einer Amnestie will die Bundesregierung außerdem Steuerflüchtige ins Inland zurücklocken. Mit diesem doppelten Steuererlösch für Vermögende wird das Unrecht der Steuerflucht zu Recht gemacht. Dies ist die falsche Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Finanzmärkte.“

Die geplante Amnestie für Steuerflüchtige wird scheitern und die erhofften einmaligen Steuereinnahmen in zweistelli-

ger Milliardenhöhe werden ausbleiben. Die große Mehrheit der Steuerflüchtigen wird das Geld lieber im Ausland belassen, statt einen 25%igen Vermögensabzug hinzunehmen. Zurückbleiben werden dagegen niedrigere Steuereinnahmen und die nachhaltige Beschädigung von Steuersystematik und Steuergerechtigkeit. Die niedrigen Steuern auf Kapitaleinkünfte werden auch in Zukunft von den Arbeitnehmern auszugleichen sein.

Vor allem fordern wir:

- starken politischen und wenn nötig wirtschaftlichen Druck auf die Steueroasen, um ein internationales Kontrollmitteilungsverfahren für Kapitaleinkünfte durchzusetzen;
- eine Einschränkung des steuerlichen Bankgeheimnisses, um die Besteuerung von Zins-, Dividenden- und Spekulationsgewinnen umfassend durchzusetzen;
- die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftsteuer, um die Vermögenden nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finan-

zierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen.“

Liebe Freundinnen und Freunde,

es wird ein hartes Jahr werden. Ich danke allen, die mir in den vergangenen Wochen in Wort und Schrift Mut zugesprochen und Unterstützung zugesagt haben.

Lasst uns gemeinsam für unsere Rechte kämpfen!

Euer Ernst Scharbach

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (vi.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Die Gewerkschaft der Polizei hat einen guten Freund verloren. Durch einen tragischen Verkehrsunfall verstarb unser Ehrenmitglied und Träger des Bundesverdienstkreuzes

Karl Wisser

* 22. 6. 1916 † 29. 12. 2002

Der Verstorbene war 1951 Mitbegründer der rheinland-pfälzischen Gewerkschaft der Polizei. Er engagierte sich in verschiedenen Funktionen und fühlte sich der gewerkschaftlichen Arbeit stets verbunden.

Karl Wisser war für seine Kolleginnen und Kollegen immer vertrauter Ansprechpartner wie auch Streiter für ihre Interessen.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der Landesvorstand

ZENTRALSTELLE FÜR POLIZEITECHNIK

Neue Kreisgruppe gegründet

Die Zentralstelle für Polizeitechnik ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen – von ursprünglich 45 auf jetzt fast 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dem wurde nun durch Gründung einer eigenen Kreisgruppe Rechnung getragen. Bisher gab es eine gemeinsame Kreisgruppe LKA/ZPT. Doch die inhaltlichen Schwerpunkte und Interessen waren bedingt durch die Aufgabenstellung doch oft sehr unterschiedlich. Es gab zwar keinerlei persönliche Spannungen oder Differenzen. Aber es wurde zunehmend schwerer, die jeweiligen spezifischen Interessen auch innerhalb der GdP „auf den Punkt zu bringen“. Und so fand die „Scheidung“ in völligem gegenseitigem Einverständnis statt: Die anwesenden Vertreter beider Behörden/Einrichtungen stimmten bei einer Mitgliederversammlung am 2. Dezember 2002 einstimmig für die Trennung. Und auch die nach unserer Satzung erforderliche Zustimmung des Landesbeirates am 11. Dezember erfolgte einstimmig.

Überdurchschnittlich aktiv scheint der neue Kreisverband jedenfalls zu sein: Obwohl (noch) recht klein – im Moment gibt es 49 Mitglieder – konnte auf Anhieb ein kompletter Vorstand gewählt werden.

Und so setzt sich der Vorstand der Kreisgruppe ZPT nun zusammen:

- Vorsitzender*
Hasso Braun
- Stellvertretende Vorsitzende*
Stephanie Bollig und
Karl Bodtländer
- Schriftführer / Stellvertreter*
Anton Merz / Jürgen Kleber
- Kassierer / Stellvertreter*
Rolf Täffler / Alfred Schmitt
- Beisitzerin Fachstab*
Susanne Burmeister
- Beisitzerin Abteilung 1*
Claudia Binz
- Beisitzer Abteilung 2*
Bernd Eppert
- Beisitzer Abteilung 3*
Andreas Brück



V. l. n. r.: King Karl Bodtländer, Mehmet Cankaya, Anton Merz, Claudia Binz, Rolf Täffler, Stephanie Bollig, Susanne Burmeister, Andreas Brück und Hasso Braun

Beisitzer Abteilung 4
Stefan Burkei
Beisitzer Abteilung 5
Mehmet Cankaya

Vor allem im Fachausschuss Technik und dessen Arbeitskreisen will der neue Kreisverband aktiv werden. Außerdem sieht man gute Chancen, als eigenständige Kreisgruppe generell die Interessen der Kolleginnen und Kollegen der ZPT noch pointierter zu vertreten und dadurch sicherlich auch noch das eine oder andere neue Mitglied zu gewinnen.

Anzeige

Urlaubsreif?
Günstiger verreisen mit
PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31/9 60 09 23

Ball der Polizei
Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz
Gewerkschaft der Polizei

Es wirken mit:

- Chris Andrews
Stargast
- Edwina de Pooger
Gesang, Entertainment, Moderation
- Jo Herz
Action Hand Painting Show
- Rhein-Main-Showband
Tanz- und Programmbegleitung

(Programmänderungen vorbehalten)

Samstag, 8. März 2003
Kurfürstliches Schloss Mainz

Beginn: 20.00 Uhr Einlass: 19.00 Uhr Eintritt: € 15,-

POLIZEI
DEIN PARTNER

Erklärung zum Gespräch zwischen Vertretern der Landesvorstände von DPoIG, BDK und GdP am 8. Januar 2003

● Übereinstimmende Einschätzung der Situation

Die Bundesländer wollen massiv die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst senken. Sie nutzen dazu ohne Rücksicht auf jahrzehntelange Strukturentwicklungen und unter Bruch von bisherigen Garantiezusagen die rechtlichen Handlungsspielräume im Besoldungs- und Versorgungsrecht, um das Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Beamtinnen und Beamten zu streichen und die Besoldung um bis zu 10% zu kürzen.

Es ist klar zu erkennen, dass die Streichungen bei den Einkommen nicht auf die Beamtinnen und Beamten begrenzt bleiben sollen. Vielmehr wollen die Arbeitgeber auch in gleicher Weise die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit den gleichen Kürzungen belegen. Berlin hat bereits seinen Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erklärt. Es steht zu befürchten, dass andere Länder oder Bund und Kommunen folgen werden. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Erwägungen, es geht um das Prinzip von Flächentarifverträgen, es geht um ein Signal für alle anderen Branchen.

Das Szenario der angedrohten massiven Einkommenskürzung spielt bei den laufenden Einkommensverhandlungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten eine bedeutende Rolle. Die Zeichen stehen auf weitere Auseinandersetzung.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hält sich ihre Entscheidung im Bundesrat zu den Öffnungsklauseln völlig offen und legt parallel ein Sparpaket auf den Tisch, das der Polizei zusätzliche Belastungen infolge Personalabbau, Wiederbesetzungssperre und längerer Lebensarbeitszeit zumutet. Darüber hinaus werden erhebliche Zuzahlungen bei der Krankenvorsorge verlangt, Beförderungen und Zulagen gestrichen. Nach allen positiven Entwicklungen für den Beruf des Polizeibeamten heißt damit die neue Perspektive: Erheblich weniger Einkommen, deutlich längere Arbeitszeit und sich zuspitzende Belastungssituation.

Aufgrund der Wirtschaftsentwicklung und den mit der demografischen Veränderung in der Gesellschaft verbundenen Umstellungen in den sozialen Sicherungssystemen sind weitere gravierende Einschnitte auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu befürchten.

● Gemeinsam Handeln

Für die Gewerkschaften wird es ganz entscheidend darauf ankommen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und bei der Polizei so schnell wie möglich zu mobilisieren und zu solidarisieren, weil nur mit entschiedenem Widerstand gegen das Gesamtpaket an Sparmaßnahmen auf Bundes- wie auf Landesebene die Einkommen der Beschäftigten gesichert und massive zusätzliche Belastungen vermieden werden können.

Solidarisierung bezieht sich dabei auf Arbeiter, Angestellte und Beamte. Allen Kolleginnen und Kollegen muss klar sein, dass die Arbeitgeber bewusst die schwache Rechtsposition der Beamten als Einfalltor für den Tarifbereich zum Abbau von Einkommen und zur Leistungsverdichtung nutzen wollen.

Solidarisierung bezieht sich dabei auf den gesamten öffentlichen Dienst. Der von allen Ländern und dem Bund gemeinsam eingeschlagene Weg zur Kappung der Einkommen trifft alle Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Wer in guter Absicht isoliert von den Gewerkschaften vermeintlichen Widerstand leistet, schadet eher der Sache. Jetzt müssen alle Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst Schulter an Schulter stehen.

Solidarisierung bezieht sich ebenso auf die gesamte Polizei. Es darf in diesen Stunden keine Zersplitterung zwischen Beschäftigungs- oder Laufbahngruppen geben.

Solidarisierung muss in dieser schwierigen Situation Basis für das Handeln der Gewerkschaften und Verbände bei der Polizei sein. DPoIG, BDK und GdP werden gemeinsam und Seite an Seite mit den übrigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gegen die beabsichtigten Einkommenskürzungen und Leistungsverdichtungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei der Polizei vorgehen.

Es wird von allen Vorständen sichergestellt, dass zur Teilnahme an allen künftigen Protestaktionen, die sich gegen die Sparbeschlüsse auf Bundes- und Landesebene richten, aufgerufen wird. Dies gilt sowohl für Aktionen von DPoIG, BDK und GdP wie auch für gemeinsame Aktionen innerhalb von DGB und DBB. Die Vorstände informieren sich gegenseitig rechtzeitig über geplante Aktionen und unterstützen diese wechselseitig.

Es werden alle Publikationen unterlassen, die das Bild des gemeinsamen Agierens stören würden.

KURZ BERICHTET

Aus dem HPRP

Die neu gewählte **Jugend- und Auszubildendenvertretung** (Heiko Zwank {Vors.}, Lennart Siefert, Timo Steinmetz, Christoph Bauch, Alexander Fischer, Marco Spuhler, Dominique Zachrau) nahm zum ersten Mal an einer Sitzung des HPRP teil. Sie nutzten den Besuch von Staatssekretär Karl Peter Bruch, um von den Stimmungen in ihren Lehrgängen an der FH zu berichten. Auf Grund der massiven Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der Polizei (Verlängerung der Lebensarbeitszeit pp.) überlegten sich viele Studierende, nach oder auch schon vor Ende der Ausbildung die Polizei zu verlassen.

Bruch stand dem HPRP über die geplanten **Veränderungen in der Polizei** Rede und Antwort. Viele Fragen ließen sich jetzt noch nicht abschließend beantworten.

Die Vorlage „Einrichtung einer **zentralen Schadensregulierungsstelle** für den Geschäftsbereich des ISM“ wurde zurückgestellt. StS Bruch wird die vom

HPRP vorgetragenen Bedenken prüfen.

Die Einrichtung einer **zentralen Bußgeldstelle** sei noch nicht spruchreif, berichtete Bruch. Es seien noch viele Fragen z.B. mit



dem Landkrestag zu klären. Man werde den HPRP rechtzeitig einbinden.

Koll. Wolfgang Faber berichtete aus der Sitzung der **Kommission Innere Führung**: Die Ver-

treter der Berufsorganisationen und des HPRP zeigten sich enttäuscht, dass sich die KIF nicht dazu durchringen konnte, eine deutliche Stellungnahme zu den Auswirkungen der Verlängerung

der Lebensarbeitszeit, der Verminderung der Einstellungen und der Stimmung an der Basis gegenüber dem Minister abzugeben. Immerhin wurde der Vorsitzende der KIF Werner Blatt

beauftragt, dem Ministerium über die Lage vor Ort zu berichten.

Anträge auf **Altersteilzeit** dürfen nicht mehr von den Behörden beschieden werden – sie müssen vorher dem ISM vorgelegt werden.

Das ISM reduziert auf der Grundlage der AG „**Verkehrssicherheitslagebild**“ die zu meldenden **Statistiken** „deutlich“ ab dem 1. 1. 03. Damit werde „den Zielvereinbarungen und den mit diesen verbundenen Controllingaufgaben auf präsidialer Ebene ein deutliches Gewicht beigegeben“, teilte das ISM mit.

Die Vorlagen „Reform des **Ausstattungsolls**“ und in der **Bekleidungsirtschaft** „**Kostenstellenrechnung** im Polizeibereich“ wurden auf die Februarsitzung vertagt. Dort wird LMR Rainer Kuhn die Vorschläge mit dem HPRP erörtern.

Der Errichtung der Anordnung „**PKS** echte Tatverdächtigenzählung“ wurde zugestimmt.

Dieter Kronauer (Arbeiter), Annemarie Grindel (Angestellte), Ernst Scharbach (Beamte)

RECHTSPRECHUNG

Urlaub verfällt

Beim Urlaubsrecht ist auf eine wesentliche Neuerung zu achten. Bisher musste der Jahresurlaub – soweit er nicht im Kalenderjahr genommen werden konnte – bis spätestens 30. April des Folgejahres angetreten sein. Soweit der Urlaub bis dahin aus dienstlichen Gründen nicht genommen werden konnte, war er zu übertragen. Eine Übertragung wurde auch geprüft, wenn aus privaten Gründen der Urlaub nicht angetreten werden konnte. Beide Varianten einer Urlaubsübertragung finden **keine** Anwendung mehr.

Die Erholungsurlaubsverordnung wurde im April 2002 geän-

dert. Danach gilt ab dem Urlaubsjahr 2003 die Regelung, dass der im laufenden Kalenderjahr nicht genommene Urlaub **bis zum 30. September** des Folgejahres genommen werden kann. Das gilt ab dem Urlaubsjahr 2002. Allerdings entfällt im Gegenzug jegliche Möglichkeit der Urlaubsübertragung.

Mit Rundschreiben des Finanzministeriums vom 28. Februar 2002 ist geregelt, dass die neue Urlaubsregelung nicht nur für die Beamten, sondern auch für die **Arbeiter und Angestellte** gilt.

JUNGE GRUPPE

Blaulichtparty

Die JUNGE GRUPPE (GdP), das Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz und das Sporthaus Schäfer in Mainz präsentieren in Zusammenarbeit mit dem STARCLUB Mainz die nächste Party für alle, die im Blaulicht arbeiten:

Blaulichtparty

Gefeiert wird am **Donnerstag, dem 27. 3. 2003, ab 21.00 Uhr** im renommierten Mainzer **Starclub** (<http://www.starclub-records.de/>). Trotz des genialen Ambiente konnten wir die Kosten diesmal extrem niedrig halten: Eintritt 4,50 EUR sowie Bier & Sekt für nur 1,90 EUR die ganze Party über!!!

Außerdem gibt es jede Menge Parkplätze im Parkhaus nebenan.

Die ganze Nacht für 3,50 EUR parken ...

Wegbeschreibung, Infos und Vorverkauf: Internet <http://www.blaulichtparty-rp.de/>

Intranet: Über die Homepage des GdP Landesbezirks
Telefon: 061 31/96 00 90.

Anzeige

Polizeibeamter aus Hessen (zweigeteilte Laufbahn!) sucht

Tauschpartner

aus Rheinland-Pfalz.

Tel.: (01 71) 2 85 96 56

Seniorengruppe hatte eingeladen und viele, viele kamen

Traditionell hatte die Seniorengruppe gemeinsam mit der Kreisgruppe beim PP Koblenz zu einer Weihnachtsfeier ins Weinhaus Merkelbach eingeladen. Die Organisation und Vorbereitung lag in den bewährten Händen des Kollegen Josef Baus.

Als 1993 zum ersten Mal die Idee aufkam, für die Polizeisenioren in Koblenz eine Weihnachtsfeier auszurichten, glaubte kaum einer der Initiatoren an die große Resonanz bei den Kolleginnen



Der Vorsitzende der Seniorengruppe Koblenz, Josef Baus, flankiert von dem Präsidenten der EuroCOP Hermann Lutz und dem Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt.



Arthur Jung, Vorsitzender der Seniorengruppe Saarland, bekundete mit seiner Anwesenheit länderübergreifende Solidarität und freundschaftliches Miteinander.

und Kollegen, die in diesem Jahr schon zum zehnten Mal der Einladung folgten. Mittlerweile gehört diese festliche Veranstaltung zu den Highlights der Koblenzer Senioren.

Prominente Gäste

Josef Baus konnte neben den Mitgliedern des KG-Vorstandes,



Mit seinem Besuch wollte der Inspekteur der Polizei, Werner Blatt, die Verbundenheit der Aktiven zu den Pensionären zum Ausdruck bringen.



Josef Baus bedankt sich bei Frau Kahn und überreicht ihr ein Präsent.

WEIHNACHTSFEIER 2002

Detlef Maurer, Horst Birk und Ulrich Nieß als besondere Gäste den Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt, den Präsidenten der UISP und neu gegründeten EuroCOP Hermann Lutz, den Inspekteur der Polizei Werner Blatt und den Vorsitzenden der Seniorengruppe des Saarlandes Arthur Jung, der auch gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der Seniorengruppe Bund ist, begrüßen. Nach kurzen Ansprachen der Gäste und von Kollegen vorgetragenen Texten, die besinnlich stimmten, leitete Josef Baus zu einem der Höhepunkte des Abends über. Die Sopranistin Edeltrud Kahn vom Theater der Stadt Bonn stimmte uns mit dem „Ave Maria“ von Schubert, dem „Largo“ von Händel und Liedern wie „Maria durch ein Dornwald



Gute Unterhaltung und vorweihnachtliche Stimmung im vollbesetzten Saal.

Fotos: H. Blatt



Die Sopranistin Edeltrud Kahn versetzt uns in Weihnachtsstimmung.

ging“, „Tochter Zion“ auf Weihnachten ein. Ihre klangvolle und ausdrucksstarke Stimme zog sofort alle Zuhörer in ihren Bann. Wir waren begeisterte Zuhörer und dankten der Künstlerin mit lang anhaltendem Applaus.

In bewährter Manier

Nach dem Festmenü waren Walter Reuber und Hubert Loh-

ner die Garanten für bunte Unterhaltung. Sie leiteten mit Gedichten und Geschichten über zu Humor und guter Stimmung. Was wäre eine Veranstaltung ohne die beiden Vortragskünstler?

Fazit

Eine besinnliche und erbauende Feier, die uns die Probleme des Alltags etwas vergessen ließ.

Was gibt es Schöneres als „Danke“ zu sagen für unvergessliche Stunden im Kreis der Seniorengemeinschaft, verbunden mit dem Wunsch, dass noch viele folgen mögen.

Gut, dass es sie gibt – die Seniorengemeinschaft der GdP!

*Willi Wagner,
Seniorengemeinschaft Koblenz*

VBL

Versicherungsnachweise – Ausschlussfrist

Jede/r Pflichtversicherte/r der VBL erhält nach Ablauf eines Kalenderjahres bzw. bei Beendigung des Pflichtversicherungsverhältnisses einen Nachweis über die bisher insgesamt erworbenen Anwartschaften auf Betriebsrente wegen Alters. Diese Mitteilung muss neben der Anzahl der Versorgungspunkte den Messbetrag sowie den Hinweis auf die Ausschlussfrist enthalten.

Die Ausschlussfrist beträgt 6 Monate, sie beginnt mit der Zustellung des Nachweises. Aus diesem Grund sollten pflichtversicherte Beschäftigte den Nachweis auf die Richtigkeit der vom Arbeitgeber an die VBL zu meldenden Beschäftigungszeiten, Entgelte sowie der zu entrichtenden Beiträge überprüfen. Sollten sich Beanstandungen ergeben, sind diese innerhalb der

Ausschlussfrist dem Arbeitgeber schriftlich mitzuteilen.

Wird der Nachweis im Zusammenhang mit der Beendigung des Pflichtversicherungsverhältnisses erbracht, muss er den zusätzlichen Hinweis enthalten, dass die bislang erworbene Anwartschaft bis zum erneuten Beginn der Pflichtversicherung bzw. Eintritt des Versicherungsfalles (Berentung) nicht dynamisiert wird,

wenn die Wartezeit von 120 Umlage-/Beitragsmonaten nicht erfüllt ist.

Beanstandungen in Bezug auf ausgewiesene Bonuspunkte sind innerhalb der Ausschlussfrist schriftlich unmittelbar an die VBL zu melden.

Ruthild Burkei

Mitgliederversammlungen und Ehrungen

Für **50-jährige** Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei wurde durch den Kreisgruppenvorsitzenden, **Karl Kauf**, und den Seniorenvorsitzenden, **Uli**

die Kollegen **Dieter Kilian**, **Ernst Jeck** und **Dieter Tendik** für **40-jährige** Mitgliedschaft und die Kollegen **Norbert Linn**, **Sissi Natter**, **Gerhard Bier**, **Gerhard Wal-**

desbezirks und – ausgehändigt durch den Stellvertretenden Vorsitzenden **Michael Buchstäber** – ein Präsent der Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen.

stehen **Rüdiger Ziehmer**, noch dienstlich aktiv als Bezirksbeamter bei der Polizeiinspektion Linz, **Gerhard Krause** und **Walter Neeb** (früher Kriminalinspektion Betz-



V. l. n. r.: **Walter Hager**, **Dieter Kilian**, **Ernst Scharbach**, **Karl Kauf**, **Norbert Linn**, **Elisabeth Natter**, **Ludwig Weinmann**, **Gerhard Bier**, **Gerhard Walter**, **Dieter Tendick**, **Ernst Jeck**

Knirr, die in einem Kaiserslauterer Seniorenheim lebende 94-jährige **Hedwig Neumüller** geehrt.

Karl Kauf teilte ihr mit, stolz darauf zu sein, das älteste Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesbezirkes der Gewerkschaft der Polizei in seiner Kreisgruppe betreuen zu dürfen.

Bei einer Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP Westpfalz wurden ebenfalls geehrt:

Kollege **Walter Hager** für **50-jährige** Mitgliedschaft,

ter und **Ludwig Weinmann** für **25-jährige** Mitgliedschaft.

Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** dankte allen Kolleginnen und Kollegen für die langjährige Treue zu ihrer und unserer GdP.

Bei der Mitgliederversammlung der **Kreisgruppe Neuwied Altenkirchen** erhielten zahlreiche verdiente Mitglieder aus den Händen des Vorsitzenden der europäischen Polizeigewerkschaft EuroCOP, **Hermann Lutz**, die Dankesurkunde des GdP-Lan-



V. l. n. r.: **Bernd Becker**, **Christoph Schneider**, **Günther Dudde**, **Werner Buslei**, **Berthold Schäfer**, **Jürgen Mockenhaupt**, **Karlheinz Unkel**, **Rüdiger Ziehmer**, **Gerhard Krause**, **Walter Neeb**, **Hermann Lutz**

Kreisgruppenvorsitzender **Bernd Becker** in seiner Laudatio: „Ohne ihre Mitglieder ist die Gewerkschaft nichts. Bei allem, was wir erreicht haben und bei dem schweren Abwehrkampf, in dem wir uns befinden, stehen wir auf den Schultern derer, die seit Jahrzehnten der GdP die Treue halten“.

Bereits seit **50 Jahren** Mitglied der GdP ist **Günther Dudde**, der dienstlich in Niedersachsen tätig war und heute in Bad Hönningen wohnt. Seit **40 Jahren** treu zur GdP

dorf, **Berthold Schäfer** (vormals Kriminalinspektion Neuwied) sowie **Josef Stahl**, zuletzt Leiter der Polizei Altenkirchen. Vor **25 Jahren** traten in die GdP ein: **Karl Grün**, **Peter Johann** und **Ulrich Schneider** von der Neuwieder Kriminalinspektion; **Jutta Gardill** und **Karlheinz Unkel** von der Polizeiinspektion Betzdorf; **Marlene Alt**, **Jürgen Mockenhaupt** und **Christoph Schneider** von der Kripo in Betzdorf; **Werner Buslei** vom „Polizeistandort“ Asbach sowie **Bernhard Wüst** aus Bendorf.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

- Winfried Weiler**, PP/PD Koblenz, Januar 2003
- Horst Sturm**, Ww/Rhein-Lahn, Januar 2003
- Josef Baumann**, PP/PD Koblenz, Januar 2003
- Helmut Klein**, LKA, Januar 2003
- Dieter Simmer**, Vorderpfalz, Januar 2003
- Günter Pratzer**, PP/PD Mainz, Januar 2003
- Joachim Mann**, Vorderpfalz, Januar 2003
- Jürgen Egner**, PP/PD Koblenz, Januar 2003
- Manfred Seckler**, PD Neustadt, Januar 2003
- Krickelberg Erich**, Wapo, Januar 2003
- Astrid Landvogt**, LKA, Januar 2003
- Renate Benz**, PP Trier, Dezember 2002

STERBEFÄLLE

- Mathilde Wölbert**, PP/PD Koblenz, 63 Jahre
Ehefr. v. Koll Karl Wölbert,
- Karl Wisser** (Ehrenmitglied GdP RP),
Ww/Rhein-Lahn, 86 Jahre
- Walter Weller**, PD Mayen, 83 Jahre
- Hans Benkula**, PD Neustadt, 90 Jahre
- Udo Heib**, PP/PD Mainz, 58 Jahre
- Regine Stoffel**, Witwe v. Koll. Rudolf Stoffel,
PD Neuw./Altenkirchen, 86 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.